



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

beim Blick auf die Krisenherde der Welt fällt es nicht leicht, sich der eigenen Fachpolitik zuzuwenden. Im Vergleich zu dem Ausmaß an Leid und Gewalt ist doch manches Thema eher klein und zuweilen sogar banal. Den Waffenlieferungen in den Irak habe ich mit großen Vorbehalten am Ende zugestimmt. Es war bei meiner persönlichen Abwägung ebenso wie bei den meisten Kolleginnen und Kollegen eine 51:49 Entscheidung. Hilfreich war dabei, dass wir mehr für humanitäre Hilfe (50 Mio.) ausgeben als für Waffen (30 Mio.). Entscheidend waren für mich letztendlich aber vor allem zwei Aspekte: Zum einen sehe ich keine andere Möglichkeit, der „IS“ beizukommen. Es gibt hier keinen Verhandlungsweg oder mildere Maßnahmen, wie beispielsweise einen Boykott o.ä.. Zum anderen möchte ich Menschen nicht ohne Selbstschutz lassen, nur weil mein persönliches Gewissen sich wohler fühlen würde, wenn ich nichts mit Waffen zu tun hätte. Unabhängig von dieser Entscheidung bleibt es aber bei unserem insgesamt strikteren Kurs bei Rüstungsexporten und ich bin froh, dass sich Sigmar Gabriel hier auch unnachgiebig zeigt.

Herzliche Grüße

Die roten Linien von TTIP

Die Sozialdemokratie lehnt ein Investor-Staat-Schiedsverfahren beim Freihandelsabkommen mit den USA ab. Wir befürchten, dass ein solcher Mechanismus finanzstarken Investoren Tür und Tor öffnet, um gegen unliebsame Gesetze im Bereich Gesundheit, Verbraucherschutz oder Umwelt vorzugehen. Wir wollen nicht, dass Investoren vor Schiedsstellen jenseits unserer staatlichen Rechtssysteme unbegrenzt Schadensersatzansprüche geltend machen können.

Generell sind mit den TTIP-Verhandlungen Chancen und Risiken verbunden. Die Verhandlungen dürfen die Errungenschaften der EU im Bereich der Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards nicht in Frage stellen. Das hohe Schutzniveau für Verbraucher, Umwelt und Arbeit muss erhalten bleiben. Dasselbe gilt für das europäische Niveau von Verbraucherrechten und Datenschutzstandards.

Informationen zu TTIP und CETA und zur Position der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament gibt es auf der → [Homepage](#). des SPD-Europaabgeordneten Bernd Lange. Dieser hat auch einen Kommentar zu den → [roten Linien von TTIP](#) verfasst.

Neue Zuschüsse für kommunale Klimaschutzprojekte

Mit Beginn des Jahres 2015 können Städte und Gemeinden wieder Zuschüsse für Klimaschutzprojekte im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative beantragen. Das Bundesumweltministerium hat die Kommunalrichtlinie novelliert und im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die sogenannte „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ wird für die Jahre 2015 und 2016 gelten.

In Stuttgart werden im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative bereits → [Projekte](#) gefördert, u.a. die Sanierung der Innenbeleuchtung verschiedener Schulen und Einrichtungen sowie die Außenbeleuchtung der Stadt Stuttgart.

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten.

Heiße Tage in Berlin

Vier heiße Tage in Berlin erlebten im wahrsten und übertragene Sinne 50 Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart und Umgebung.



Sie besuchten auf Einladung von Ute Vogt den Bundestag im Reichstagsgebäude. Sie stiegen dabei nach einem informativen Vortrag auf der Besuchertribüne bis hinauf auf die Dachterrasse und in die Glaskuppel. Weitere politische Highlights waren der Besuch im Bundesministerium für Arbeit und So-

ziales sowie die Führung und Diskussion im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale in Berlin sowie ein Gespräch mit Ute Vogt in der Landesvertretung Baden-Württemberg, an dem sich viele sehr aktiv beteiligten. Nach den heißen, spannenden und informativen Stunden des Tages konnte man sich abends beim Schlendern durch die Stadt und bei einem kühlen Getränk entspannen.

Bürgeranliegen

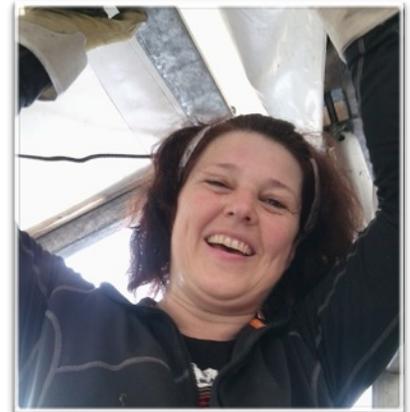
Diesen Monat gab es bei den Bürgerzuschriften keinen besonderen Schwerpunkt. Familienpolitik und Anfragen zu Sozial- und Arbeitsmarktpolitik waren am häufigsten gefragt, Außenpolitik überraschend wenig und die Presse (außer die örtliche) hat sich vor allem für Fracking interessiert.



Zu Besuch beim Frauencafé Sarah, das, in den Endsiebziger Jahren gegründet, das älteste Frauenkulturzentrum Deutschlands ist. Sarah steht Frauen parteilich zur Seite und ermutigt diese, zu sich selbst zu finden und sich aktiv um sich selbst zu kümmern. → [Mehr...](#)



Ja es gibt sie, auch hier bei uns in Stuttgart: Kinder und Jugendliche, die auf der Straße leben. Der „Schlupfwinkel“, getragen von Caritas und eva, bietet Hilfe und Orientierung an, wenn Kinder und Jugendliche nicht wissen, wie es weitergehen soll. Ute Vogt war zum Gespräch vor Ort. → [Mehr...](#)



Anpacken - beim Abbau des Berger Festzeltes
Foto: Horst Breit



Das Evangelische Bildungszentrum im Hospitalhof in Stuttgart Mitte ist weithin bekannt für seine Bildungsangebote. Seit seinem großen Umbau und der gelungenen Modernisierung spricht man zu Recht vom „Neuen Hospitalhof“. Ute Vogt kam gerne zum Rundgang durch die Gebäude und zum Gespräch mit der Leitung des Hauses, Pfarrerin Monika Renninger und Diakon Rolf Ahlrichs. → [Mehr...](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



www.ute-vogt.de



www.twitter.com/UteVogt



www.facebook.com/ute.vogt